

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Gremium:	Ausschuss für Soziales, Generationen, Sport und Kultur	Datum:	15.10.2020
Behandlung:	Entscheidung	Aktenzeichen:	
Öffentlichkeitsstatus	öffentlich	Vorlage Nr.	B-0039/20/12-168
Sitzungsdatum:	07.10.2020	Niederschrift:	12/ASGSK/003

Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums in Gerolstein

Sachverhalt:

Vor Eintritt in diesen Tagesordnungspunkt wird folgende Tischvorlage vom Vorsitzenden verteilt.

Sachverhalt:

In der Stadtratssitzung vom 15. Juli 2020 wurde unter dem Punkt „Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion - Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums in Gerolstein“ folgender Beschluss gefasst:

„Der Stadtrat überträgt die Beratungen zur Ermittlung von Grundlagen hinsichtlich der Voraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten auf den Ausschuss für Soziales, Generationen, Sport und Kultur. Der Ausschuss sollte hierzu externe fachliche Informationen einbeziehen.“

Die Beschlussausfertigung ist dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt.

Der Bedarf an Allgemeinmediziner*innen ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Dies liegt zum einen daran, dass weniger Hausärzte nachrücken und zum anderen daran, dass viele Patienten zu hohe Ansprüche an eine medizinische Versorgung stellen. Dies ist die Auffassung der KV RLP, die z. B. die Reduzierung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes am Krankenhaus Gerolstein (ab 23.00 Uhr) in einer Telefonkonferenz nicht als Wegfall einer Leistung, sondern als Reduzierung einer nicht benötigten Leistung bezeichnete.

Die statistischen Erhebungen hätten ergeben, dass eine Inanspruchnahme der bereitgestellten hausärztlichen Leistung rund um die Uhr nicht stattgefunden habe. Wenn eine bereitgestellte Leistung über einen längeren Zeitraum nicht benötigt werde, gehe es mit der Reduzierung der Bereitschaftszeiten am Standort Gerolstein darum, die inzwischen rare Ressource Vertragsarzt zu schonen. Letztlich handele es sich bei der Maßnahme darum, eine Überversorgung zurück zu fahren. Es bestehe die Möglichkeit für Patienten, die Service-Nr. 116117 anzurufen.

Auf die drohende ärztliche Unterversorgung in der Stadt Gerolstein angesprochen, teilte Dr. Heinz mit, die Situation sei ihm bekannt. Er wisse, dass viele der noch behandelnden Ärzte in 2 – 3 Jahren aus Altersgründen aufhören. Die KV RLP bemühe sich um Ärzteeinwerbung, der Markt sei aber leer und bis neue Ärzte Studium und Ausbildung beendet haben, müsse eine Durststrecke überwunden werden. Die von der Politik hochgelobte „Landarzt-Quote“ greife zu spät.

Auf ein MVZ für Gerolstein angesprochen, sagte er die Unterstützung der KV RLP zu. Er verwies auf die eigens für solche Fälle etablierte Beratungsstelle in Mainz. Zuständig sei Herr Adamscheck. Er empfahl dringend ein Gespräch mit ihm; das könne gerne in Gerolstein stattfinden.

Dann sei baldmöglichst ein Gespräch mit den Ärzten zu führen, die in wenigen Jahren ihre Praxen aufgeben. Zügig soll ein Standort für ein MVZ in der Kernstadt gefunden werden und möglichst ein Investor, der ein Ärztehaus baut sowie Ärzte/Ärztinnen, die in einem MVZ angestellt werden können. In einem MVZ sei das besser zu bewerkstelligen als in einer niedergelassenen Einzelpraxis.

In einem Dossier von Dostal & Partner Management-Beratung GmbH steht:

„Wer bis etwa 2025 nicht gehandelt hat, hat danach kaum mehr Chancen, positiv auf die ärztliche Versorgung der Kommune einzuwirken.“

- Einzelkämpferpraxen wirken auf Nachfolgeärzte meist abschreckend
- Wunsch nach einer Work-Life-Balance (keine 60 Stunden Woche!)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (viele Mediziner sind Frauen)
- Mehrbehandlerpraxen mit angestellten Ärzten zunehmend akzeptiert

Frau Irmgard Dunkel weist selbst noch einmal auf die Problematik des Ärztemangels und der medizinischen Versorgungsmöglichkeiten in Gerolstein hin. Sie spricht sich dafür aus, dass man am Projekt „Medizinisches Versorgungszentrum sowie an der Beibehaltung der uneingeschränkten Notfallversorgung im Krankenhaus Gerolstein dranbleiben und das Projekt auch nach vorne treiben sollte. Wenn ein solches Zentrum in der Kernstadt integriert werden kann, würde dies auch positive Aspekte für die Innenstadt mit sich bringen. Hier weist Frau Dunkel auf die zur Realisierung dringend benötigte Unterstützung aller hin. Gute Kontakte, Ideen / Vorschläge für entsprechende Grundstücke, Gebäude oder auch Räumlichkeiten wären hilfreich.

Uwe Schneider schlägt die Etablierung eines entsprechend gebildeten Beirates mit Fachkräften etc., der im Stadtrat Rederecht erhält vor.

Beschluss:

Der SGSK-Ausschuss des Stadtrates beauftragt den Stadtbürgermeister und die Stadtbeigeordneten, unter Einbindung des Wirtschaftsförderers Stefan Mertes und Gesundheitsmanager Herrn Hürtgen, baldmöglichst das angebotene Gespräch mit der KV RLP zu führen. Danach soll der Ausschuss über das Ergebnis informiert werden und die zuständigen Fachbereiche der Verwaltung sollen schnellstmöglich die weitere Vorgehensweise mit der Stadtspitze abstimmen.

Des Weiteren spricht sich der Ausschuss für die Einrichtung eines Beirates aus Ärzten und Personen mit medizinischen Kompetenzen aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 8 Enthaltung: 1

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Gremium:	Stadtrat	Datum:	21.07.2020
Behandlung:		Aktenzeichen:	
Öffentlichkeitsstatus	öffentlich	Vorlage Nr.	
Sitzungsdatum:	15.07.2020	Niederschrift:	12/SR/014

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion - Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums in Gerolstein

Zum Antrag der SPD-Fraktion Tagesordnungspunkt 3.1 weist die Vorsitzende darauf hin, dass die Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums bereits Gegenstand der vom Stadtrat am 20.05.2020 mehrheitlich beschlossenen Resolution (Antrag der CDU-Fraktion) war und verweist auf die dazu vorliegende Sitzungsniederschrift.

In gleicher Sitzung wurde der jetzt vorgelegte textgleiche Antrag der SPD-Fraktion im Stadtrat diskutiert und vor Beschlussfassung von der SPD-Fraktion zurückgenommen.

Sachverhalt:

Der Stadtrat stellt fest, dass er das Thema „Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) oder eines Hausärztlichen Versorgungszentrums (HVZ) in Gerolstein“ für wichtig erachtet. Deshalb sollten sich die städtischen Gremien damit befassen.

Beschluss:

Der Stadtrat überträgt die Beratungen zur Ermittlung von Grundlagen hinsichtlich der Voraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten auf den Ausschuss für Soziales, Generationen, Sport und Kultur. Der Ausschuss sollte hierzu externe fachliche Informationen einbeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja: 22